



# Die Unmöglichkeit von Internationalen Beziehungen und Menschenrechten

—*Erik Hagedorn*

Eine Auseinandersetzung des Anarchismus mit Menschenrechten muss auch eine Auseinandersetzung mit Staaten und Menschenrechten beinhalten, ist der Staat doch von jeher zentraler Adressat anarchistischer Kritik und zeitgleich zumindest im Westen derjenige, welcher sich als Hüter der Menschenrechte sieht – oder es eben auch ist. Dieser Artikel soll verschiedene Theorien behandeln, die das Verhalten von Staaten untereinander erklären. Die unterschiedlichen Verständnisse davon, was Staaten motiviert, wie sie sich verhalten und wozu sie entsprechend fähig sind, lassen einen Rückschluss zu, ob es aus anarchistischer Sicht sinnvoll ist, sich auf das Konzept der Menschenrechte zu berufen.

Die beiden vorgestellten Theorien Idealismus und Realismus sind zwar nicht Gegenstand der aktuellen Debatte in den Internationalen Beziehungen, jedoch Ausgangspunkt der gesamten Disziplin und wirken entsprechend weiterhin auf die zeitgenössische, sowie voraussichtlich zukünftige Forschung ein.

**Der Idealismus der internationalen Beziehungen** Nach dem Ersten Weltkrieg wurde von den Siegermächten die Internationalen Beziehungen zu einer eigenständigen Wissenschaft erhoben und institutionalisiert.

Am 30.05.1919 schlossen die Britinnen und Amerikanerinnen in Paris die Vereinbarung, wissenschaftliche Institute zur Erforschung der Internationalen Beziehungen zu gründen.<sup>01</sup> In den folgenden Jahren entstanden über Europa verteilt entsprechende Institute, es entbrannte die Idealismus-Realismus-Debatte.

01. Vgl.: Gu, Xuewu:  
Theorien der Internationalen Beziehungen.  
Oldenburg 2000, S.18.

Die Idealistinnen gehen dabei von drei zentralen Grundsätzen aus:

1. Der Mensch ist ein grundsätzlich vernunftbegabtes Wesen und kann durch die Kraft seiner Ratio das universelle Ideal erfassen und es zu seiner Verhaltensnorm erheben. So ist ein harmonisches Leben miteinander möglich.
2. Die Fähigkeit sich durch Vernunft erworbene Grundsätze zur Maxime zu machen wird auch Staaten zugesprochen.
3. Die Interessen der Staaten sind miteinander verflochten. Wenn ein (demokratischer) Staat sein Interesse verfolgt, arbeitet er auch anderen (demokratischen) Staaten bei der Verfolgung ihrer Interessen zu, es gilt das Motto »in serving themselves serve humanity«.02 Ursächlich für die Außenpolitik ist hierbei die innere Verfasstheit des Staates. Autokratien neigen dazu Krieg zu führen, während Demokratien eine friedliche Außenpolitik zugeschrieben wird.

Wenn demokratische Rechtsstaatlichkeit das ordnende Prinzip innerhalb der Staaten sei, könne Rechtsstaatlichkeit auch zum organisatorischen Prinzip der Weltgemeinschaft werden. Wenn jeder Staat also ein demokratischer Rechtsstaat wäre, ist die Entwicklung einer »idealen Weltgemeinschaft« möglich. In dieser Gemeinschaft begegnen sich Staaten mittels Erklärungen, Gesetzen und Abmachungen. Ein Abweichen vom allgemeinen Ideal wird mit dafür vorgesehenen Verfahren korrigiert.

**Die »ideale Weltgemeinschaft« als Menschenrechtsutopia** Diese »ideale Weltgemeinschaft« mit einer globalen Rechtsstaatlichkeit ist letztlich, was der Ruf nach Menschenrechten fordert. Dem Universalismus der Menschenrechte kann nur Geltung getragen werden, wenn ihre Durchsetzung durch eine verantwortliche Ordnungsmacht jederzeit garantiert wird. Sobald Unstimmigkeit herrscht, welcher Staat für ein Individuum verantwortlich ist, entfällt die Garantie. Sobald eine Notlage herrscht, die das Töten oder auch »nur« Verletzen eines Menschen scheinbar oder tatsächlich erforderlich macht, bricht der Universalismus der Menschenrechte in sich zusammen. Die Ordnungsmacht muss also genauso universell sein, wie der Geltungsanspruch der Menschenrechte.

Diese immense Aufgabe der permanenten Garantie für die Durchsetzung der Menschenrechte kann – wenn überhaupt – ein Weltstaat ohne innere gewaltsame Konflikte leisten. Auf diesen Weltstaat laufen die Annahmen und Überlegungen der Idealistinnen der Internationalen Beziehungen hinaus.

Im Geiste des Idealismus wurde der Völkerbund von den 32 Siegermächten des Ersten Weltkriegs geschlossen. Und keine Anarchistin sollte es wundern, dass dieser sich selbst einstimmig auflöste. Denn ist das grundsätzliche Menschenbild der Idealistinnen der Internationalen Beziehungen mit dem der Anarchistinnen nicht im zwangsläufigen Widerspruch, so sind doch die Annahmen, die hier über Staaten getroffen werden, weit weg von jedem Antinationalismus, so gut oder schlecht begründet er auch sei. Dass die innere Verfasstheit eines Staates seine Innen- und Außenpolitik bestimmt, hieße letztlich ein Staat ließe sich soweit reformieren, dass er zum Teil der Lösung und nicht Teil des Problems der Widersprüche unserer Gesellschaft werde.

**Der Realismus der internationalen Beziehungen** Der Realismus, der sich schlagartig mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs in den Internationalen Beziehungen zur vorherrschenden Strömung entwickelte, zeichnet ein ganz anderes Bild der Beziehungen zwischen Staaten. In dessen Zentrum steht die politische Macht, die die Beziehungen der Staaten untereinander bestimmt. Der Vorstellung, dass Nationen die Wahl hätten zwischen einer Machtpolitik und anderen Formen der Außenpolitik, wird eine klare Absage erteilt.<sup>03</sup>

Die Fragestellung, die am Beginn des Realismus steht, heißt: Wodurch werden Staaten in der internationalen Politik motiviert?<sup>04</sup>

02. Meyers, Reinhard: Grundbegriffe, Strukturen und theoretische Perspektiven der internationalen Beziehungen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Grundwissen Politik. Bonn 1993, S. 235.
03. Vgl.: Morgenthau, Hans J.: Internationale Politik: Der Kampf um die Macht. In: Haftendorn, Helga (Hrsg.): Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehung. Hamburg 1975, S. 78ff.
04. Vgl.: Gu: Theorien 2000, S.41.



Der federführende Politikwissenschaftler Hans J. Morgenthau antwortet klar: Durch das Streben nach Macht.

Diese Aussage wird anthropologisch, soziologisch und historisch begründet. Morgenthau bezieht sich auf den Theologen und Philosophen Reinhold Niebuhr, wenn er den Menschen als egoistisch, auf der Suche nach Befriedigung der eigenen Bedürfnisse und bemüht sein Eigeninteresse zu verfolgen, beschreibt.

Die Triebe des Menschen seien der Selbsterhaltungstrieb, der Fortpflanzungstrieb und der Machttrieb. Ersterer veranlasse den Menschen alle Gegenstände und Personen erst einmal als potenzielle Bedrohung zu betrachten. Der Fortpflanzungstrieb, eingebettet in die menschliche Psyche, könne sowohl zu einem leicht kontrollierbaren Bedürfnis werden, als auch zu einem unberechenbaren Impuls. Der Machttrieb resultiere aus den anderen beiden Trieben und verfolge das Ziel, die Unsicherheit des Lebens zu überwinden.

Der Mechanismus der aus dem individuellen Machttrieb einen kollektiven formt, sei die Nichterfüllung des Bedürfnisses nach Macht des Individuums, welches doch im Staate immer nur Objekt der Macht wäre. Also werde das Bedürfnis nach Macht auf eine kollektive Ebene verlagert.<sup>05</sup> Das eigene Machtverlangen werde durch das Machtverlangen der Nation ersetzt. Der Mensch könne geradezu ein altruistisches Verhalten gegenüber seiner Nation entwickeln. Der Staat sei jedoch nicht in der Lage, sein Eigeninteresse zu überwinden.<sup>06</sup> Dem Staat zähle nur der Machtgewinn oder Erhalt als Ziel, er könne kein altruistisches Verhalten gegenüber einer höheren kollektiven Ebene entwickeln.

Dieses Menschenbild ist aus anarchistischer Sicht fragwürdig, steht doch die grundsätzliche Fähigkeit zur egalitären Kooperation im Widerspruch zu einem grundsätzlichen Machtstreben. Die Annahme aber, dass das Individuum erst durch seinen Status als Objekt der Macht im Staat ein Machtstreben entwickelt, oder zu mindestens entwickeln kann, liegt nahe. Gepaart mit einer permanenten ökonomischen Konkurrenzsituation und der damit einhergehenden Ökonomisierung zwischenmenschlicher Beziehungen im Kapitalismus ist das Streben nach Macht des Individuums nicht weiter verwunderlich. Die Verlagerung dieses Strebens auf die kollektive Ebene ergibt für das so entlastete Individuum Sinn.

Die soziologische Auffassung, die hinter dem Realismus der Internationalen Beziehungen steht, sieht das Streben nach Macht

allen menschlichen Gemeinschaften als eigen an. Kampf um Macht sei überall dort zu sehen, wo Verbände von Menschen bestehen. Ob nun Geselligkeitsverein, Studierendenverband, Familie oder internationale Politik: Die Struktur und Form von Machtkämpfen im Inneren und Äußeren ist vergleichbar. Sie verläuft in der Infragestellung des Status quo und den Versuchen, neue Machtstellungen zu errichten oder vorhandene Machtstellungen zu verteidigen.<sup>07</sup>

Im Angesicht dessen stellt Morgenthau fest: »Bei der Allgegenwart des Kampfes um die Macht in allen gesellschaftlichen Beziehungen und auf allen Stufen der gesellschaftlichen Organisation kann es nicht überraschen, dass die internationale Politik zwangsläufig eine Machtpolitik ist.«<sup>08</sup>

An die soziologische Begründung können Anarchistinnen mit ihrem Faible für Machtstrukturen und Kämpfe anknüpfen. Die Kritik an autoritären Gruppen, Parteien im Allgemeinen und schlussendlich Staaten, als größten anzunehmenden Personenverband ist so alt wie der Anarchismus selbst und er würde hinter sich zurückfallen, würde er auf die Kritik an autoritären Strukturen verzichten.

Historisch wird anhand von Konflikten, Konkurrenzsituationen und Kriegen zwischen Imperien und Staaten argumentiert, die sich durch die gesamte Geschichte der Staatlichkeit ziehen. Explizit wird darauf hingewiesen, dass Machtpolitik auch unter dem Deckmantel der Kooperation oder der Durchsetzung universeller Ideale geschehen kann.<sup>09</sup> Um ihre Ziele zu erreichen bedienen sich Staaten jederzeit der Macht und spielen daher alle das Spiel der internationalen Politik.

Ob nun die Kreuzfahrer das Heilige Land von den Ungläubigen befreien wollten oder Woodrow Wilson die Welt für die Demokratie gewinnen: Mit dem Versuch des geografischen Ausbaus des realen Gültigkeitsbereiches bestimmter Ideale erfolgte zugleich immer der Versuch des Ausbaus eigener Macht wie zuletzt bei der gescheiterten Neuordnung des Nahen Ostens durch die USA.

- 05. Vgl.: Morgenthau, Hans J.: Macht und Frieden. 1989, S. 124ff.
- 06. Vgl.: Osgood, Robert E.: Idealismus und Egoismus in der Außenpolitik. In: Haftendorn: Politik 1975, S.62.
- 07. Vgl.: Ebd.: S. 85.
- 08. Morgenthau: Internationale Politik 1975, S. 85.
- 09. Vgl.: Ebd.: S. 85

**Menschenrechtsdystopia** Morgenthau fordert schon fast ver-  
**Realismus** söhnllich, dass vor der Machtpolitik  
der Staten die Augen nicht verschlossen  
werden dürfen und eine verantwortungsvolle Machtpolitik  
den Gegenpol zu einer verantwortungslosen bilden solle, das  
heißt, es muss jederzeit zumindest mit der Aggression der  
Anderen gerechnet werden.

Menschenrechte spielen in dieser Theorie keine Rolle, denn  
sie erklären das Verhalten von Staaten nicht, maximal erklären  
Staaten ihr Verhalten mit einem Verweis auf die Einhaltung  
oder eben Nichteinhaltung von Menschenrechten der Anderen.  
Sich bewegend auf den Pfaden der Macht, kann ein Staat sich  
dazu entschließen, Menschenrechte einzuhalten und jene die  
dies nicht tun zu kritisieren und er kann diese Entscheidung  
rückgängig machen. Letztlich ist sie auch immer etwas  
scheinheilig, denn jeder Staat behält sich zwangsläufig vor,  
Gewalt spätestens im Rahmen seiner Existenzsicherung auf  
höchstem Niveau und bestens organisiert anzuwenden, sei es  
im Kriegs- oder im Verteidigungsfall. Spätestens hier wird der  
eigenen Bürgerin das Töten erlaubt. Menschenrechte gelten  
nunmehr noch maximal für die eigenen Bürgerinnen und  
verlieren damit ihre universelle Gültigkeit. Ohne diese stehen  
die Menschenrechte ihres Zaubers beraubt da, enttarnt als  
Bürgerrechte, die eben nur für bestimmte Leute auf bestimmten  
Territorium gelten. Über dem Individuum und seinem eigenen  
Staat gibt es keine höhere Instanz, die den Staat zwingen kann  
doch nun bitte der Querdenkerin nichts zu tun oder jene nicht  
anzugreifen, die in der feindlichen Armee dienen.

Der Fokus auf den Kriegsfall zeigt eindeutig, wie wichtig  
es ist, das Verhalten von Staaten untereinander zu untersuchen,  
um den Universalismus der Menschenrechte auf die Probe  
zu stellen. Auch zeigt der Kriegsfall anschaulich, wie leicht das  
Völkerrecht auszuhebeln ist, gibt es doch keine Instanz, die  
es durchsetzt.

**Die Forderung** Die Forderung nach Menschenrechten oder  
**nach körperlicher** der Einhaltung derselbigen liegt also, gewollt  
**Unversehrtheit** oder eben auch nicht, die Vorstellung zugrunde,  
**aufgeben?** Staaten wären grundsätzlich dazu in der Lage,  
sich untereinander dauerhaft friedlich zu ver-  
halten und sich langfristig in einen Weltstaat umzuwandeln.  
Die Freiwilligkeit, mit der diese grundlegende Veränderung der  
Weltordnung geschehen soll, wäre regelrecht eine Revolution  
von oben.

Anarchistinnen sollten es sich also gründlich überlegen, ob  
der saloppe Verweis auf die Nichteinhaltung von Menschen-  
rechten nicht langfristig zu einer Unterhöhlung dessen führt,  
was doch wohl hoffentlich gemeint ist: Jeder Mensch soll ein  
gutes Leben nach seinen Bedürfnissen und nach seinen Fähig-  
keiten führen. Es muss natürlich völlig zu Recht kritisiert  
werden, wenn Menschen leiden, ihnen Freiheit und Leben  
genommen werden. Diese Kritik ist selbstverständlich auch  
möglich, ohne das Konstrukt Menschenrechtsverletzung  
heranzuziehen. Menschenrechte sind also eine zweifelhafte  
Gefährtin auf dem Weg in die befreite Gesellschaft – und war  
da nicht auch noch was mit Eigentum? •